

Keine Zerschlagung der ARGEn Kreis-SPD fordert schnelle Lösung

Der SPD-Kreisverband Rastatt / Baden-Baden hält eine Lösung für die ARGEn für absolut notwendig. Darauf weist der SPD-Kreisvorsitzende Jonas Weber hin. Wenn nicht schnell eine Möglichkeit der weiteren engen Zusammenarbeit gefunden werde, dann gehe dies zu Lasten der Arbeitssuchenden und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der gesamten Region.

Für eine solche Lösung sei es dringend notwendig, dass die schwarz-gelbe Regierung in Berlin ihre Streitereien beende, so der SPD- Kreisvorstand. Union und FDP sollen das Angebot der SPD annehmen, für eine gute Lösung gemeinsam eine Grundgesetzänderung auf den Weg zu bringen und so die Zerschlagung der Job-Center zu verhindern.

Wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Nicolette Kressl dazu betonte, habe bereits im Frühjahr vergangenen Jahres der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz zusammen mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten einen Kompromiss zur Grundgesetzänderung vorgelegt. Schon damals hätte man die Weichen stellen können für eine vernünftige Lösung.

„Was sich aber jetzt abspielt, ist das reinste Chaos und hinterlässt nur Unsicherheit – bei den Beschäftigten der ARGEn, die nicht wissen, wie es weitergeht, aber vor allem bei den Langzeitarbeitslosen.“; resümierte Frau Kressl

Arbeitsministerin von der Leyen vergrößere mit ihrem „Bürokratiemonster“ das Wirrwarr um Zuständigkeiten, wenn zukünftig wieder zwei Behörden unabhängig voneinander prüfen und Bescheide erteilen müssten

Eine von der SPD bereits seit langem geforderte und mit den Ministerpräsidenten der Länder vereinbarte Grundgesetzänderung zur Schaffung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) als Ersatz für die vom Bundesverfassungsgericht beanstandeten ARGEn sei die einzig sinnvolle Lösung und müsse nun schnell umgesetzt werden, forderte der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Gerrit Grosse und setzt auf die Durchsetzungskraft von Roland Koch.

Unterstützt wird er darin vom Baden-Badener Bürgermeister Michael Geggus: „Es ist schon genug Zeit vergeudet worden. Insbesondere die Kommunen benötigen Planungssicherheit. Eine Zerschlagung der ARGEn würde vor allem die Kommunen mit enormen finanziellen Mehrausgaben belasten.“